

Zeitschrift: Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen

Band: 68 (1995)

Heft: 2

Artikel: Aussenpolitik und Landesverteidigung : wir brauchen eine Schutzzone Schweiz

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-519895>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aussenpolitik und Landesverteidigung:

Wir brauchen eine Schutzzone Schweiz

Recht oder Macht, Wort oder Waffe, Überzeugung oder Zwang, Idealismus oder Realismus, uralte-konstante Muster oder überraschend neue Konstellation: wenn Menschengruppen ihre Interessen nach aussen vertreten, sind sie jederzeit solchen Spannungsfeldern ausgesetzt. Zwei Ordnungen Europas zerfielen in diesem Jahrhundert: jene von 1918, die entgegen allen Erwartungen zu den Schrecken des Zweiten Weltkrieges hinführte und jene von 1945 mit Jalta, die über Europa eine waffenstarrende Bipolarität brachte und mit dem Kollaps des Sowjetimperiums endete. Jetzt stecken wir mitten im dritten Versuch. Was mit Václav Havels Worten Jahre der Poesie waren, ist trockener Prosa gewichen. Die hoffnungsvollen Konzepte von 1989/90 erwiesen sich als voreilig. Es gibt weder kollektive Sicherheit, noch Weltstaat oder friedliches Europa. In Ex-Jugoslawien ist die vielgepriesene Sicherheits- als Illusionsarchitektur entlarvt worden.

Ungewissheit und wachsende Unsicherheit entfremden Völker und Politiker weltweit. Die in den Jahren des Kalten Krieges einer linken Ideologie verpflichteten kritischen Intellektuellen haben ihre Glaubwürdigkeit eingebüsst und fallen als Sinnstifter aus. Langsam gelangen wir aus verblendeter Euphorie zur Erkenntnis, dass wir zu ungeduldig waren, dass globale und kontinentale Neuordnungen sich nicht in fünf Jahren herbeireden lassen, dass tektonische Verschiebungen im Gange sind, die weit über den Misserfolg des Staatssozialismus hinausreichen und dass auf Gewalt zum eigenen Schutz nicht verzichtet werden kann. In Aussenpolitik und Landesverteidigung gesellt sich Neues zu Bewährtem.

Erosion des Nationalstaates

Schockiert durch neu aufflammende alte Konflikte, befangen in der Erinnerung an die nationalsozialistische Perversion des totalen und integralen Nationalstaates, irritiert von einem an den proletarischen Internationalismus anklingenden Vokabular, angetrieben von der

deutschen Erfahrung, dass Bekenntnis zur Überwindung des Nationalstaates den erfolgreichen Wiederauftritt auf der Weltbühne ermöglichen kann und in der Hoffnung, dass mit «Europa» vielleicht eine neue Identität mit weisser Weste zu finden sei, vergessen wir gerne, dass die in langer und schmerzhafter Geschichte aus Kriegen und Chaos herausgewachsene Vereinigung von Staat und Nation zum Nationalstaat eine der grossen Errungenschaften der Zivilisation ist. Nur der Nationalstaat setzt und garantiert Bürgerrechte und ermöglicht damit Freiheit. Der Sturz der kommunistischen Unrechtsstaaten war möglich dank Rückgriff auf nationalstaatliche Ideen. Ohne nationalstaatliche Orientierung wäre Résistance nicht denkbar gewesen, hat Hermann Lübbe betont. Die Welt des internationalen Rechts erweist sich immer wieder als eine Scheinwelt des Rechts (Ralph Dahrendorf). Es ist weit und breit keine Institution zu sehen, die in absehbarer Zukunft die Leistungen des Nationalstaates für seine Bürger übernehmen könnte.

Die industrielle Welt steckt in

einem globalen Strukturwandel, der sich mit einer Elementargewalt entfaltet, der gegenüber sich politische Kräfte zunehmend als hilflos erweisen (Rolf Peter Sieferle). Nationalökonomie wird verdrängt durch vielfältige globale Netze. Diese Globalisierung schafft Gewinner und Verlierer. Eine neue Konfrontation wächst heran, Universalismus kontra Nationalismus. Der Universalist versteht sich als Gewinner des Wandels. Der Nationalstaat ist ihm Ärgernis, Bremse, Rückständigkeit. Sein Fortschrittsglaube verbindet ihn mit sozialistischer Aufklärungsideologie. Der Nationalist befürchtet, Verlierer zu werden und sperrt sich gegen die Vorstellung planetarischer Gleichmacherei. Es bahnt sich ein Aufstand der Reichen gegen die Armen an. Ob in Südchina oder in Oberitalien: man lässt sich in seinem erfolgreichen Lauf in die Informationsgesellschaft nicht gerne behindern.

Weltwirtschaftskrieg soll auf den Hauptschauplätzen des Weltgeschehens stattfinden (Edward N. Luttwak), da haben Diplomatie und militärische Stärke ausgespielt. Den klassischen Instrumenten des Staates bleiben die Nebenschauplätze, wo es noch um Geographie und Territorien geht. Der Bürger, seinem Staat mit Leib und Leben verbunden, wirkt in den neuen globalen Netzen zunehmend fremd. Dem Staat entschwinden die Mittel, um die von ihm weiterhin erwarteten Solidarleistungen zu erbringen.

Eine Hauptaufgabe des 21. Jahrhunderts wird die Meisterung des Globalisierungsprozesses sein. Vor der Meinung, Ökonomie und Markt vermöchten als Denkmuster den Nationalstaat rasch zu verdrängen, ist zu warnen. Die Geschichte kennt keinen unaufhaltsam linearen Weg zur grossen Einheit. Sie besteht aus stetem

Zusammenwachsen und Zerfallen. Ein neuer Nationalstaat Europa, der als Festung besser gerüstet in den «Weltwirtschaftskrieg» ziehen könnte und die aus dem 19. Jahrhundert herausgewachsenen Nationalstaaten bald einmal abzulösen vermöchte, steht inzwischen nicht mehr auf dem Programm der Entscheidungsträger. Neue Formen der Zusammenarbeit werden gesucht.

Diplomatie und Strategie

Diplomaten und Generäle bleiben von den Turbulenzen nicht verschont. Sie sind an ständigen Wandel gewöhnt und haben sich denn auch erstaunlich schnell zurechtgefunden. Neben den traditionellen Diplomaten sind der vielreisende und -redende Minister und der Konferenzdiplomate getreten. Dieser lebt, wie Benedikt von Tscharnier schrieb, «in einer Welt von Dossiers, Berichten, Resolutionen und Verfahrensregeln», in «abgeleiteter Wirklichkeit», also, und man merkt es auch. Die permanente Kollektivdiplomatie hat schöne und wortreiche Charten, Verträge, Abkommen und Erklärungen formuliert, Wilsonschem Pazifismus die Referenz erwiesen und die weltweite Gültigkeit einer immer länger werdenden Liste von Menschenrechten postuliert. Zur Führung in der Krise taugen die vielen multinationalen Räte und Kommissionen kaum.

Die High-Tech-Kriegsbilder von gestern sind nicht verschwunden (Golf), aber auch hier sind tektonische Verschiebungen im Gang. Meist führen nicht mehr Staaten Krieg, sondern Banden, War Lords, Gangstersyndikate, Stämme. Nicht Soldaten kämpfen, sondern Zivilisten, auch Kinder. Kein Völkerrecht vermag da die Opfer zu schützen und Kriegsverbrecher

sind kaum zur Rechenschaft zu ziehen. Vielleicht werden sie als Verhandlungspartner besonders gepflegt. Der neue Typ des Soldaten, der nicht mehr kämpft, sondern hilft und schützt, hat sich als Kunstprodukt erwiesen. Er muss sich gar vorwerfen lassen, Kriege zu verlängern, die ohne seine Präsenz längst beendet wären.

Diplomaten und Generäle denken und reden unterschiedlich. Man sollte die Differenzen nicht ausebnen. Der Diplomat sucht immer nach Chancen friedlicher Lösung. Um das Verhandlungsklima nicht zu belasten, spricht er nur von Erfolgen, packt Unvereinbares in interpretationsfähige unklare Sprache, findet Kompromisse auf kleinstem gemeinsamem Nenner. Er ist ein Best-Case-Denker. Sein Erfolg ist es, Prozesse eingeleitet zu haben.

Anders der General. Wer für das Leben seiner Soldaten Verantwortung trägt, muss dem Worst-Case mehr Aufmerksamkeit schenken. Was ist zu tun, wenn die Aktion missrät? Er redet wenig, seine Befehlssprache ist knapp und präzise und soll keiner Auslegung zugänglich sein. Sein Erfolg misst sich nicht am Beginn einer Aktion, sondern am Ergebnis.

Die Besten unter den Diplomaten und Generälen sind mit der Denkweise und den Bedürfnissen der anderen Seite soweit vertraut, dass komplementäres Handeln möglich wird. Normalfall ist es nicht, wie die schweren Spannungen auf Uno-Missionen zeigen.

Missmutiger Souverän

Die Bürger dorthin lenken können, wo sie nicht hin wollen, davon träumen Politiker nicht erst seit Alfred Escher. Gegenseitige Beschimpfungen und Verachtung haben beunruhigende Ausmasse angenommen. Völker denken in

längeren Rhythmen als Politiker, die auf die nächste Wiederwahl fixiert sind. Der modische Ruf, Aussenpolitik und Innenpolitik seien enger zu vermaschen, birgt Gefahren. So einfach lässt sich Clausewitz nicht umdrehen: Aussenpolitik sei Innenpolitik mit anderen Mitteln. Wir erlebten im letzten Herbst aussenpolitische Betriebsamkeit im Vorfeld der Wahlen in den USA. Ob alle Resultate in Korea, Haiti, auf Kuba langfristig die beste Lösung brachten, wird sich zeigen. Der hastige Rückzug aus Somalia und die Geschehnisse in Bosnien lassen Zweifel zu. So ist es wohl kaum richtig, das auf Grund gelaufene Europa-Schiff mit einer forcierten gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik (GASP) oder gar Verteidigungspolitik wieder flott zu machen, ohne die im Kielwasser mitschwimmende Wohlfahrts- und Sozialpolitik, die Industrie- und Arbeitsplatzpolitik zu bedenken.

Besonderes Fingerspitzengefühl brauchen Schweizer Politiker im Umgang mit der eigenen Milizarmee. Im Gegensatz zu Berufsarmeen ist sie nicht ein blosses Instrument der Regierung, sondern das für die Verteidigung organisierte und vorbereitete Volk selbst. Die Schlappe der Blauhelmvorlage hat mit der falschen Einschätzung dieses Selbstverständnisses zu tun. Die mit dem Souverän identische Armee steht nicht zur beliebigen Verfügung und ist anders anzusprechen. Freiwilligkeit zerstört eine ausserordentlich erfolgreiche Formel. «Die Sicherheit der Schweiz ist in Gefahr. Wer geht hin?» für den Schweizer Bürger eine absurde Frage. Das überlieferte System wird durch die Globalisierung der Wirtschaft auf eine Zerreihsprobe gestellt. «Landesverteidigung» als Begriff

leuchtet dem Soldaten nicht mehr ein, der in der nicht mehr territorial gebundenen Informationsgesellschaft und ihren universalen Netzen lebt.

Normalfall Schweiz

Parteiaparen wollen es, dass bis zu den Parlamentswahlen 1995 aussenpolitischen Fragen ausgewichen wird. Das ist eine falsche Verbindung von Aussen- und Innenpolitik. Die Berichte des Bundesrates zur Sicherheitspolitik (1990) und zur Aussenpolitik (1993) sind von guter Qualität. Als Produkte der Euphoriephase der ersten Jahre nach dem Umsturz im Osten sind sie jetzt an den neuen Realitäten zu messen. Fortgesetzt idelisierende Überhöhung multina-

tionaler Institutionen, die vor den Augen der mündigen Bürger Tag für Tag versagen, sind nicht gefragt. Nüchtere Vorlage von Erfolgen und Misserfolgen muss jetzt die langen Zitate aus Charten und Listen der gefangenen Projekte ersetzen. KSZE, NATO und NACC (North Atlantic Cooperation Council) und Partnerschaft für den Frieden, WEU, Eurokorps, Uno usw. sind von den Podesten zu holen und auf den Boden zu stellen. Glaubwürdigkeit nach innen und aussen soll das Ziel sein, nicht Erziehung, Belehrung und Beschönigung.

Wir stehen in einer Tradition erfolgreicher Aussen- und Verteidigungspolitik. Von Nachahmungsbedarf kann sowenig die Rede sein wie von Isolationis-

mus. Im Maghreb, im Balkan und im Osten Europas brauen sich Wolken zusammen. Eine funktionierende Sicherheitsordnung existiert nicht in Europa. Auf überraschende strategische Verschlechterung der Lage fehlen die Antworten. Wir brauchen für die kommenden schwierigen Zeiten eine Schutzzone Schweiz. Hier sollen wir nicht vergeblich um fremde Hilfe bitten müssen. Hier soll mit Gewalt nichts zu erreichen sein. Aus dieser Schutzzone heraus können wir uns aktiv an der heranwachsenden neuen Weltordnung beteiligen, ohne in fremde Kriege hineingerissen zu werden.

«Aus dem Wochenbericht der Bank Julius Bär» ■

In Kürze

Militärorganisation im Ständerat

Sitzung vom 13. Dezember 1994

Ziegler (Uri, cvp.) geht auf die Differenzen zum Nationalrat beim Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung ein. Es bestehen 13 Differenzen, wobei die Sicherheitspolitische Kommission nur bei vier Artikeln an den früheren Beschlüssen festhalten will. Festgehalten wird am Beschluss, dass konkursite Unteroffiziere und Offiziere zwingend von der Militärdienstleistung ausgeschlossen werden.

Der Nationalrat beschloss, dass nicht nur der Bundesrat, sondern auch die Kantone zu Ordnungsdiensten aufbieten können, was die Kommission ablehnt.

Bühler (Luzern, fdp.) ersucht um Zustimmung zu den Beschlüssen des Nationalrats.

Bundesrat Villiger schliesst sich

der Minderheit an, hält die praktische Bedeutung dieser Bestimmung aber nicht für gewaltig.

Mit 14 zu 13 Stimmen erfolgt Zustimmung zur Minderheit.

Ziegler (Uri, cvp.) teilt mit, dass der Nationalrat ohne grosse Diskussion den Militär-Ombudsmann gestrichen hat. Das wollte in der Sommersession bereits die Kommission des Ständerats. Sie bittet deshalb, dem Nationalrat zuzustimmen.

Schoch (Appenzell-Ausserrhoden, fdp.) hält einen Ombudsmann nach wie vor für sinnvoll, will aber angesichts der klaren Mehrheitsverhältnisse den geordneten Rückzug antreten und auf einen Gegenantrag verzichten.

Bundesrat Villiger macht darauf aufmerksam, dass der Ständerat aus dem Ombudsmann bereits Ombudsmännchen gemacht hat.

Wir bedauern dies, verzichten aber aus realpolitischer Einsicht ebenfalls auf einen Gegenantrag.

Der Erlass geht zurück an den Nationalrat.

(Aus dem Verhandlungsprotokoll der NZZ vom 14.12.1994)

Stabssekretär-Verband

asmz. Die Generalversammlung des Schweizerischen Stabssekretärverbands (SSV) hat am 24. September beschlossen, den Verband nach über hundertjährigem Bestehen auf Ende 1994 aufzulösen und in den Eidg. Verband der Übermittlungstruppen (EVU) überzuführen. Hintergrund dieses Beschlusses ist die Integration des Stabssekretariates in die Übermittlungstruppen im Rahmen von «Armee '95». ■